



# Altersarmut drängt Rentner in Beschäftigung

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Karola Stange

**Immer mehr Menschen arbeiten nach dem Eintritt in die Altersrente weiter. Dies ergibt sich aus den Zahlen in der Antwort des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Karola Stange.**

Die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag betonte: „Inzwischen arbeitet unter den Thüringerinnen und Thüringern zwischen 65 und 70 Jahren jeder Zehnte. Dies ist ein eklatanter Beleg für Altersarmut, verursacht vor allem durch die Absenkung des Rentenniveaus aufgrund einer verfehlten Bundespolitik.“

2014 arbeiteten in Thüringen 21.671 Menschen jenseits des 65. Lebensjahres. Damit hat sich die Zahl der Beschäftigten seit 2007 um mehr als ein Viertel erhöht. Zugleich ist festzustellen, dass mehr als 5.000 Menschen in Thüringen Grundsicherung im Alter beantragt haben.

„Die große Lücke zwischen Menschen mit Grundsicherung im Alter und weiterhin Arbeitenden ist ein Indiz für die Scham vieler Älterer, staatliche Unterstützung zu beantragen. Gebrochene Erwerbsbiografien der Nachwendezeit und die Niedriglohnstrategie ehemaliger CDU-Landesregierungen haben es für viele Menschen unmöglich gemacht, ausreichend Rentenpunkte anzusammeln. Dies rächt sich nun für die Menschen“, kritisierte Karola Stange.

„Unsere Koalition wird weiter über den Bundesrat Druck machen, dass die verfehlte Rentenpolitik des Bundes korrigiert, die Rentenlücke zwischen West und Ost geschlossen und die Benachteiligung etwa der in der DDR geschiedenen Frauen beendet wird. Auf Landesebene schaffen wir mit unserem Programm zu öffentlich geförderter Beschäftigung im Gemeinwohlbereich 1.000 Stellen. Es geht darum, Rentenlücken erst gar nicht aufkommen zu lassen. Diesen Weg werden wir gemeinsam mit dem Sozialministerium entschieden weitergehen.“

### Viele Biografien mit nur geringen Rentenversicherungs-Beiträgen

Auf die Frage, welche Gründe die Landesregierung für die Zahl an Rentnern, die eine geringfügige Beschäftigung wahrnehmen, sieht, hatte die Arbeits- und Sozialministerin Heike Werner geantwortet: „Die der Landesregierung bekannten Gründe, weshalb eine zunehmend wachsende Zahl von Rentnerinnen und Rentner einer Erwerbstätigkeit nachgeht, sind sehr verschieden. Es wird eingeschätzt, dass Teile der heutigen Generation der Rentnerinnen und Rentner bei guter Gesundheit und agil sind, dass die Möglichkeit der Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung ihrem Bedürfnis nach Teilhabe durch Arbeit und den damit in Verbindung stehenden sozialen Kontakten entgegenkommt. Um Wünschen nach freiwilliger Beteiligung

am Arbeitsmarkt auch im Rentenalter Rechnung zu tragen, ist es angebracht, mehr und flexible sowie alterssensible Möglichkeiten für finanziellen Zuverdienst zu schaffen. Andererseits spielen nach Auffassung der Landesregierung zunehmend finanzielle Gründe eine Rolle, dass Rentnerinnen und Rentner einer entlohten Tätigkeit nachgehen. Zeiten von prekärer Beschäftigung, mit niedrigen Löhnen oder Erwerbslosigkeit führen dazu, dass es in vielen Biografien zunehmend Zeiten mit nur geringen oder keinen Beiträgen zur Rentenversicherung gibt.

Diese Entwicklungen führen im Ergebnis zu niedrigen Renten, die teilweise noch unter dem Grundsicherungsniveau liegen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die Rentenreformen der letzten Jahre, die das Niveau der gesetzlichen Rente langfristig deutlich sinken lassen. Das bedingt, dass zunehmend mehr Rentnerinnen und Rentner einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, um dadurch ihre niedrigen Renten aufzubessern.“

Außerdem heißt es: „Grundsätzlich wird die Landesregierung darauf hinwirken, dass sich gute Arbeit und faire Löhne durchsetzen, denn eine Erhöhung der Leistungsansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung kann dazu beitragen, Altersarmut zu reduzieren, d.h. Grundsicherung im Alter würde dann entbehrlich.“

<http://www.die-linke-thl.de/fileadmin/lv/dokumente/presse/sonstiges/DRS61360.pdf>

## KOMMENTIERT:

von Katharina König

### Datenspeicherung mit Missbrauchspotential

*Die mit Inkrafttreten der Vorratsdatenspeicherung am 18. Dezember begonnene gigantische Datenanhäufung ist ein großes Problem aus Sicht des Datenschutzes.*

*Der Zugriff auf die gespeicherten Daten ist nicht nur für Polizei und Geheimdienste begerlich, sondern wird auch kriminelle Energien anziehen. Schon jetzt werden bestehende Datensammlungen mit trauriger Regelmäßigkeit missbräuchlich genutzt. Die Datenmengen, die in Zukunft gesammelt werden, bieten Missbrauchspotential in weit größerem Ausmaß und mit schlimmeren Folgen.*

*Die bayerische Landesregierung hat bereits angekündigt, ihren Geheimdiensten Zugang zu den Daten der Vorratsdatenspeicherung verschaffen zu wollen. Auf diese Weise wird die Massenüberwachung der Menschen in diesem Land endgültig jeglicher demokratischen Kontrolle entzogen. Bedenkt man hierzu die Geheimdienst-Skandale, von denen es mehr als genug gibt, kann man nur feststellen, dass diese Datenspeicherung für die Grund- und Menschenrechte in diesem Land fatal ist.*

*Vermutlich wird auch der ohnehin kaum wirksame Richtervorbehalt durch ein solches Vorgehen endgültig ausgehebelt. Mit der Vorratsdatenspeicherung werden Presse- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Der Staat weiß immer, wo wer war, mit wem man gesprochen hat – und wer glaubt, dass daraus keine Rückschlüsse auf Gesprächsinhalte möglich sind, hat die Erkenntnisse der letzten Jahre verschlafen. Dem Staat geht dies nichts an, auch dann nicht, wenn die Bürger meinen, nichts zu verbergen zu haben. Die Totalüberwachung ist nicht mit einem demokratischen Rechtsstaat vereinbar. Jeder Mensch hat das Recht, nicht unter einem andauernden Generalverdacht gestellt zu werden.*

*Die Vorratsdatenspeicherung ist unnötig und schränkt die Grundrechte unverhältnismäßig ein. Sie stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar und gehört so schnell wie möglich wieder abgeschafft. Deshalb hat die LINKE dieses Überwachungsinstrument von Anfang an abgelehnt und bleibt dabei. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat vereinbart, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um gegen die Vorratsdatenspeicherung vorzugehen.*

## AKTUELL

### Finanzierung der Hochschulen gesichert

Eine neue Rahmenvereinbarung zur Finanzierung der Thüringer Hochschulen haben am 5. Januar in der Staatskanzlei Rektoren und Vertreter der Landesregierung abgeschlossen.

Danach erhalten die Hochschulen von 2016 bis 2019 insgesamt knapp 1,7 Milliarden Euro vom Land. Die Summe steigt pro Jahr um vier Prozent. Vor dem Hintergrund angespannter Haushalte sei dies ein klares Signal an Forschung, Wirtschaft und Studenten, sich für Thüringen zu entscheiden, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow.

Die Rahmenvereinbarung geht davon aus, dass die Gesamtstudentenzahl zwischen 48 000 und 52 000 gehalten wird und pro Jahr 10 000 neue Studenten nach Thüringen kommen. Der Abgeordnete der Fraktion DIE

LINKE Christian Schaft erklärte: „Mit der Rahmenvereinbarung IV ermöglicht Rot-Rot-Grün über die kommenden vier Jahre Planungssicherheit für die Thüringer Hochschulen. Die jährlichen Aufwüchse belaufen sich dabei bis 2019 auf insgesamt 160 Millionen Euro.“ Der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion begrüßte zudem, dass zentrale inhaltliche Zielstellungen des Koalitionsvertrags in die Rahmenvereinbarung Eingang gefunden haben.

„Das Netzwerk für kooperative Promotionen wird es Studierenden der Fachhochschulen erleichtern, Karrieren im universitären System zu beginnen. Mit dem vereinbarten Kaskadenmodell werden die Perspektiven von Frauen in der Wissenschaft gestärkt. Mit den von allen Hochschulen zu ent-

wickelnden Konzepten für Gute Arbeit in der Wissenschaft schaffen wir attraktive Bedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und stellen uns gegen prekäre Beschäftigung im Wissenschaftsbetrieb“, zählte der Hochschulpolitiker ausgewählte Beispiele auf.

„Zugleich stelle ich fest, dass im Aushandlungsprozess wiederum deutlich geworden ist, dass die Beteiligungskultur an vielen der Hochschulen zu wünschen übrig ließ. Dies macht deutlich, warum der von Rot-Rot-Grün aufgezeigte Weg zu einer Demokratisierung der Hochschullandschaft richtig und notwendig ist. Dafür haben wir mit der Rahmenvereinbarung IV eine angemessene finanzielle Grundlage geschaffen und erste wichtige inhaltliche Weichen gestellt“, so Christian Schaft.